

Beilage zu Nr. 17619 der Danziger Zeitung.

Freitag, 5. April 1889.

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. Orterer (Centr.): Der Abg. Reichensperger begründete den Reichszuschuß mit dem Hinweis, daß der Staat der organisirte Verband des Volkes zur Pflege aller leiblichen und geistigen Güter ist. Wenn man diesen Satz anerkennt, dann kommt man allerdings zu derjenigen Ausgestaltung der Versicherung, wie sie jetzt vorgeschlagen wird. Man kommt aber noch viel weiter. (Sehr richtig!) Der Staat ist dann nicht allein jener große Schutzgeist, der alle Mühen und Schwachen an seine Brust drückt, er ist zugleich der oberste Säckelmeister, der oberste Wächter und Priester u. s. w., kurz er ist alles zusammen. (Sehr richtig!) Es möchte dem Abg. Reichensperger schwer werden, seinen Standpunkt consequent durchgeführt mit seiner Haltung auf dem Gebiete der Schulpolitik zu vereinigen. (Sehr richtig!) Eine richtige Socialpolitik müßte sich doch zunächst mit dem gesunden und arbeitsfähigen Arbeiter beschäftigen; aber auf dieser Bahn ist außerordentlich wenig Fortschritt zu bemerken. Der Ausbau der socialen Gesetzgebung, wie er uns hier vorgeschlagen wird, ist principiell und finanziell höchst bedenklich. Mit Recht meinte der Abg. Winterer, Zwang und Liebe seien nicht dasselbe. Auch der Abg. Reichensperger verhorrescirte 1881 ausdrücklich das zwangsweise Nehmen, das sei nicht die christliche Caritas. (Abg. Ricker: Hört! Hört!) Es ist überhaupt wunderbar, welche Wandlung in dieser wichtigen Frage über die Mitglieder des Reichstags gekommen ist. Von allen Seiten wurde 1881 dem Reichszuschuß in der kräftigsten Weise widersprochen. Daß die Industrie die neue Belastung nicht würde tragen können, ist auch 1881 gesagt worden; die Erfahrung hat aber gezeigt, daß die deutsche Industrie auch ohne den Reichszuschuß die Last wohl tragen kann. Aber auch wenn der Beweis, daß die zu versichernden Erwerbsgruppen nicht in der Lage seien, das Plus zu tragen, geliefert wäre, wie er nicht geliefert ist, so würde daraus auch noch mit Nichten folgen, daß das Reich eintreten muß. Es würde daraus nur folgen, daß wir noch nicht so weit sind, eine solche Versicherung überhaupt einzurichten, sondern den Schritt einhalten müssen, den wir seit 1881 eingehalten haben. Man sollte nicht gleich die halbe Nation in das Gesetz hineinnehmen, wenn man die Mittel dafür nicht aufbringen kann, die doch schließlich aus den Taschen derer genommen werden, die versichert werden sollen. Aus diesem Grunde ist das Gesetz auch nicht geeignet, in den Arbeiterklassen Befriedigung hervorzurufen. Ich glaube, die Socialdemokraten führen uns schließlich noch ad absurdum und nehmen das Gesetz an. (Beifall und Heiterkeit.) Man sagt, ohne Reichszuschuß wäre eine ganz andere Organisation notwendig. Es ist ja aber nicht unbedingt erforderlich, daß das Gesetz schon in dieser Session zu Stande komme; der Reichskanzler selbst hat doch neulich seine Verwunderung ausgesprochen, daß der Reichstag so schnell ein so großes Werk fertig bringen solle. Ein langsames Vorgehen würde allmählich das richtige Ausmaß dessen haben finden lassen, was geleistet werden kann. Zu bedenken ist auch, daß eine Erhöhung der Rente schon in wenigen Jahren notwendig sein wird, da 50 Mk. von heute schon in einigen Jahren nicht mehr den gleichen

Werth repräsentiren werden. (Sehr richtig!) Wenn wir billig und gerecht sein wollen, werden wir eine Erhöhung des Zuschusses gewähren müssen. Man sagt, das werde sich schon finden, wenn wir die Mittel dazu haben. Ja, wo haben wir sie denn? Der Schatzsecretär meint, für die nächsten Jahre sei schon gesorgt, wir sollten den Reichszuschuß nur bewilligen; jeder Tag habe seine Sorgen und seine Plagen. Im Finanzgebahren einer Familie, eines Kreises würden wir eine solche Anschauung gewiß nicht gelten lassen. (Hört, hört!) Sei es, daß zur Deckung der Mittel der Weg der indirecten Steuern oder der Matricularbeiträge gewählt wird, immer hat der Reichszuschuß in seinen Consequenzen für die Budgets der einzelnen Länder die größten Bedenken. Aus den Calamitäten wird nur ein Ausweg übrig bleiben, nämlich einmal eine große ergiebige Steuer zu schaffen. Nach der Perspective, die uns von kompetenter Seite wenigstens andeutungsweise eröffnet worden ist, giebt es keinen anderen Ausweg als das Tabakmonopol und das Branntweinmonopol. Diesen Weg und andere Nebenwege können wir nicht gehen, und darum haben wir die größten politischen Bedenken gegen diesen Reichszuschuß. Auch unsere Anträge führen zum Ziel, deshalb empfehle ich Ihnen den Antrag Hertling zur Annahme. (Lebh. Beifall im Centr.)

Abg. Camp (Reichsp.): Der Abg. Ricker fragt, woher wir die Mittel zur Deckung der Kosten nehmen wollen. Die Freisinnigen haben wiederholt die Nothwendigkeit größerer Ausgaben anerkannt, aber niemals die Mittel zur Deckung der Kosten angegeben. Die Rede des Abg. Ricker schien mir einen agitatorischen Hintergrund zu haben. Herr Ricker hat seine Ausführungen nur gemacht, um bei den Arbeitern Mißstimmung zu erregen. (Dhol links.) Ohne den Reichszuschuß hätten wir wesentliche Erleichterungen und Verbesserungen in diesem Gesetz garnicht vornehmen können. Den Vorwurf der Uebereilung, der der Regierung gemacht worden ist, muß ich zurückweisen. Auch dieser Entwurf ist der dritte, den die Regierung ausgearbeitet hat. Ich möchte diejenigen, welche bei der Unfallversicherung uns treu zur Seite standen, bitten, in dieser Frage sich mit uns zu vereinigen und ein Gesetz zu Stande zu bringen, das dem Frieden und der Versöhnung dienen soll. (Beifall rechts.)

Vizepräsident Buhl rügt die Aeußerung des Abg. Camp, daß der Abg. Ricker seine Ausführungen nur gemacht habe, um unter den Arbeitern Mißstimmung zu erregen.

Abg. Camp nimmt diese Aeußerung zurück.

Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.): Den Wunsch des Herrn Orterer, die Arbeiterschuh-Gesetzgebung zum Abschluß zu bringen, theile auch ich. Ich nehme sogar keinen Anstand, auszusprechen, daß vielfach in Arbeiterkreisen zweckmäßige Bestimmungen über die Frauen-, Kinder- und Sonntagsarbeit, die Länge des Arbeitstages vielleicht als eine stärkere Beruhigung angesehen werden (Hört! hört! links), als die socialpolitische Gesetzgebung, welche wir gemacht haben und noch machen. Aber diese Dinge gehen selbständig nebeneinander her. Der Abg. Ricker hat gefragt, wie die Mittel zur Deckung der Kosten aufgebracht werden sollen. Der Abg. Ricker bewegt sich stets in einem circulus vitiosus. Wird ein Gesetz wie das Branntwein-

Steuergesetz vorgelegt, so sagt er, das Gesetz muß abgelehnt werden, weil nicht nachgewiesen ist, wozu die Einnahmen verwendet werden sollen. Wird aber auf die wachsenden Bedürfnisse hingewiesen, so wird das auch zurückgewiesen, weil die Einnahmen noch nicht gesichert seien. Das Charakterfeste, consequente Nein bleibt immer die Antwort. Vor 8 Jahren, als ich mich gegen den Reichszuschuß für die Unfallversicherung erklärte, habe ich noch nicht die Erscheinung übersehen können, welche die sociale Bewegung hervorgerufen hat. Aber einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen meiner damaligen Auffassung und der heutigen kann ich nicht zugeben. Ich habe mich damals gegen eine bureaukratische Einrichtung ausgesprochen, welche die Mitwirkung der Arbeiter und Arbeitgeber ausschließt; die finanzielle Last und die Arbeit fällt jetzt den Bethelligten zu; ein großes Maß umfangreichster Selbstverwaltung im Ehrenamt wird von den Arbeitgebern und den Versicherten gefordert. Der Reichszuschuß wird gegenwärtig keine großen finanziellen Ansprüche erheben. Die Einzelstaaten werden eine Verschiebung der Matricularbeiträge wohl ertragen können und in Preußen ist ja eine Reform der directen Steuern schon seit lange in Aussicht genommen, wobei durch anderweitige gesetzliche Maßregeln höhere Einnahmen erzielt werden müssen. (Zuruf: Antrag v. Huene!) Ohne den Reichszuschuß könnten verschiedene Erleichterungen nicht durchgeführt werden, welche die Commission beschlossen hat in Bezug auf die Rückzahlung u. s. w. Es wird vor den Consequenzen dieses socialpolitischen Schrittes gewarnt; der Reichstag und die Regierung wird doch diese Maßregel durchführen auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Hat der Staat seine fürsorgende Hand nicht immer geöffnet bei Aufgaben, die eigentlich nicht dem Ganzen zu Gute kommen, sondern nur einzelnen Theilen? Canalbauten, Eisenbahnbauten kommen nur einem bestimmten Landstrich zu Gute und doch werden sie auf Kosten der Gesamtheit gebaut. Wir stehen ungewiß vor der weiteren Entwicklung der socialen Bewegung; mit regressiven Mitteln allein ist dieser Bewegung nicht beizukommen. Wo die Bewegung einen gefährlichen Charakter annimmt, werden sich die angegriffenen Klassen ihrer Haut wehren müssen, auch durch drastische Mittel. Wenn diese Bewegung durch das allgemeine gleiche Stimmrecht ein gewichtiges Werkzeug gewonnen hat, welches man ihr auch nicht wird nehmen wollen, soll man nicht aus ihr heraus die Mittel zur Abwehr nehmen? Seit der Herstellung der Verfassung sind wir mit einem so wichtigen Werke noch nicht befaßt worden. Es giebt kaum in irgend einem Staate der Welt ein Werk von solcher Bedeutung. Ein solches Werk können wir wagen, weil wir feste gesunde Zustände in Deutschland haben, in unserer Verfassung, in unserer Gesetzgebung und namentlich in der Monarchie, die stets ihre Stellung über den Parteien erkannt hat. (Beifall rechts.) Gerade auf diesem Boden kann eine solche Arbeit mit Aussicht auf Erfolg übernommen werden. (Lebh. Beifall rechts und bei den Nat.-lib.)

Director Boffe: Der Reichszuschuß ist gleichsam das Zeugniß dafür, daß die Gesamtheit überzeugt ist von der Wichtigkeit der humanen Bestrebungen, welche hier verfolgt werden.

Abg. Windthorst: Mein Fraktionsgenosse Reichensperger hat die Staatsomnipotenz in einem Umfange

proclamirt, den wir niemals anerkennen können und den der Abg. Reichensperger bisher niemals anerkannt hat. Die besten Reden, die ich bisher von ihm gehört habe, waren gegen diesen Gedanken gerichtet, von dem er heute ausging. (Abg. Ricker: Hört! hört!) In der „Doss. Ztg.“ habe ich kürzlich Darlegungen gefunden, die klar zeigen, aus welcher Apotheke alle diese Gesetze gekommen sind, nämlich aus der des Herrn Geheimraths Wagener und des Herrn Robbertus. In dem Artikel ist auf ein anscheinend von Wagener herrührendes und dem Reichskanzler überreichtes Memorandum hingewiesen, worin ausgesprochen ist, es müßte das Tabakmonopol eingeführt und die Eisenbahnen zu verstaatlichten gemacht werden, was aber erst geschehen könne, wenn man die arbeitende Bevölkerung dafür gewonnen hätte. Und zu diesem letzteren Zwecke will man nun dieses Gesetz hier machen. Der Reichskanzler hat uns neulich enthüllt, daß ihm die Patenschaft der kaiserlichen Botschaft gebührt. Ich glaube bisher, sie rühre von dem hochseligen Kaiser Wilhelm her. In der kaiserlichen Botschaft steht nichts von diesem Reichszuschuß. Man kann uns daher nicht beschuldigen, daß wir nicht bereit wären, das Wort des Kaisers zu erfüllen. Diese Fürsorge für die invaliden Arbeiter kann aus der eigenen Kraft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemacht werden. Ist der Zwang an sich nicht gerechtfertigt, muß er unterbleiben; ist er nur mit dem Reichszuschuß gerechtfertigt, muß man nicht einen Theil, sondern das Ganze geben. Viel richtiger wäre es, die ganze Last auf die Staatskasse zu übernehmen. Dann würde auch die Agitation im Volke beschränkt werden. Das kann man aber nicht, weil das Geld nicht vorhanden sind. Die Arbeiter werden aber doch nicht eher zufrieden sein, als bis sie das Ganze erreicht haben. Ich lege hier auf das Urtheil der Socialdemokraten einigen Werth. Es ist leicht behauptet, daß die Industrie die Lasten nicht allein tragen kann, wenn sie concurrenzfähig bleiben soll; aber bewiesen ist es nicht. Die Last ist zwar nicht angenehm, könnte aber doch ertragen werden. Der Herr Schatzsecretär hat gesagt, Geld für die erste Zeit sei da; was später kommt, will er später sehen. Das ist die Rede von Leuten, die lustig darauf loswirthschaften und ihren Enkeln die Lasten überlassen. Die durch die indirecten Steuern, namentlich die Branntweinsteuer erzielten Mittel werden leider schon in den einzelnen Staaten in jeder Weise verzettelt. Wenn wir dieses Gesetz votiren, haben wir mindestens in zehn Jahren das Tabakmonopol. (Bewegung.) Dadurch wird die Staatsomnipotenz immer mehr hervorgehoben. So lange ich lebe, werde ich aber gegen das Tabakmonopol wirken. Wir können anders für den Arbeiter sorgen. Die Loslösung von der Familie, von der Gemeinde auf Grund dieses Gesetzes führt zum Verderben. Wir dürfen nicht Alles in dem allgemeinen Staat auflösen. Dieses Gesetz wird Unheil über Deutschland bringen! Möge Gott Deutschland schützen! (Lebh. Beifall im Centrum.)

Staatssecretär v. Witticher: Das Vorhandensein des Memoires der Herren Wagner und Robbertus will ich nicht bestreiten; auf die Vorlage selbst ist es von keinem Einfluß gewesen. Der Vorredner hat mit dem Tabakmonopol gedroht; die ganze Gesetzgebung sollte zu auf das Tabakmonopol vorbereiten. Ich könnte

